

Welche Zukunft wählt Europa?



Hand aufs Herz – was fällt Ihnen ein, wenn Sie an die Europäische Union denken? Die illegale Zurückweisung von Schutzsuchenden an hochgerüsteten Außengrenzen? Programme mit wohlklingenden Namen, aus denen Aufrüstung finanziert wird? Oder die Tatsache, dass die europäische Einigung beispiellosen Frieden zwischen ihren Mitgliedern brachte? Dass sich die Menschen von Lissabon bis Helsinki und von Dublin bis Athen heute verbundener fühlen als je zuvor?

Krise im Inneren: Unzufriedenheit und Nationalismus

Foto: dpa

Das vereinte Europa steckt in mehreren Krisen. Da ist die Unzufriedenheit vieler Menschen mit der Politik in Straßburg und Brüssel, die (nicht ganz zu Unrecht) als überbordende, intransparente Bürokratie wahrgenommen wird. Nationalisten und Populisten nutzen diese Unzufriedenheit, um gezielt Stimmung gegen die EU zu machen. In zentralen



Übergabe des Aufrufs »Rettet das Friedensprojekt Europa!« an die Vizepräsidentin des Europaparlamentes Katarina Barley

Foto: Christoph Bongard

Fragen lassen sich die Mitgliedsstaaten allzu oft auseinanderdividieren. So geraten die wertvollen Errungenschaften der offenen Grenzen sowie der kulturellen und wirtschaftlichen Verflechtung leicht aus dem Blick. Das Friedensprojekt Europa muss in den nächsten Jahren gute Antworten auf die sozialen Konflikte und die Herausforderungen seiner Mitglieder finden, sonst droht es zu zerfallen.

Krise nach Außen: Abschottung und Aufrüstung

In der Außenpolitik der EU dominieren massive Abschottung gegen Geflüchtete und – spätestens seit Russlands Krieg in der Ukraine – laute Rufe nach mehr Aufrüstung. Aus gutem Grund darf es laut dem Vertrag von Lissabon kein EU-Militärbudget geben. Doch die EU-Kommission umgeht dieses Verbot mit großer Kreativität: Die sogenannte Friedensfazilität, aus der militärische Ausrüstung für Partnerländer finanziert wird, steht nicht im EU-Haushalt; der Verteidigungsfonds wird als Industrieförderung deklariert. Mit ihrem neuen *Strategischen Kompass* setzen die EU-Mitgliedsstaaten auf eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die »nicht mehr auf ›Soft Power‹ und Friedenssicherung beruht, sondern auf nationaler Sicherheit und dem Schutz ›wichtiger Handelsrouten‹«, wie Greenpeace kommentiert. Das Friedensprojekt droht zu einem Militärbündnis zur Durchsetzung geopolitischer Interessen zu verkommen.

Flaggen vor dem Hauptsitz des Europäischen Parlamentes in Straßburg

Foto: Pixabay

Ein großes Potenzial: Friedensallianzen

Noch steht die EU sinnbildlich dafür, dass Erzfeinde trotz einer Geschichte voll unsäglichem Leid zu Freunden werden können. Die EU-Staaten haben sich klaren Werten und Zielen verpflichtet – unter anderem, einen »Beitrag zu Frieden und Sicherheit und zu einer nachhaltigen Entwicklung der Erde« leisten zu wollen. Und tatsächlich gibt Brüssel weiterhin deutlich mehr Geld für Entwicklungszusammenarbeit und zivile Außenpolitik aus, als für Militärkooperation. Dr. Martina Fischer von Brot für die Welt sieht darin ein großes Potenzial: Die EU könne eine wichtige Vermittlerin und Unterstützerin von Friedensallianzen auf globaler Ebene sein, würde sie sich »auf ihre Stärken als Brückenbildnerin besinnen und diese in den Dienst von Systemen kollektiver Sicherheit (der Vereinten Nationen und ihrer Regionalorganisationen, z. B. der OSZE) stellen«.

Unsere Wahl: Ein Europa, das Brücken baut

Am 9. Juni 2024 wird das Europäische Parlament neu gewählt. Dann liegt es an uns Europäerinnen und Europäern, zu bestimmen, in welche Richtung sich die EU entwickeln soll. Mehr denn je brauchen wir die Vision eines Europas, das Brücken baut und zivile Antworten auf die Krisen unserer Zeit findet. Dafür erwarten wir von den Kandidatinnen und Kandidaten kluge Konzepte für Friedensförderung, Migration, Handel, Klima-Resilienz und eine faire Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten. Es ist unser Europa, unser gemeinsames Zusammenleben in Frieden! Lassen wir nicht zu, dass es von Nationalismus und Aufrüstung zerstört wird!

Simon Bödecker

www.ohne-ruestung-leben.de/europawahl2024



Lebensfremde Gedankenspiele

Forderung nach EU-Atomwaffen



Auch in den USA wird 2024 gewählt; Donald Trump könnte wieder US-Präsident werden. Stimmen aus Politik und Wissenschaft nutzen diese Sorge, um eine atomare Bewaffnung der Europäischen Union zu fordern. Prominentester Vertreter ist der frühere Außenminister Joschka Fischer (Grüne).

»Die EU braucht eine eigene atomare Abschreckung«, sagte Fischer der ZEIT. Es sei nicht sicher, ob die USA Europa weiter verbunden blieben. Und Russlands Präsident Wladimir Putin arbeite schließlich »auch mit nuklearer Erpressung«. Der Politologe Herfried Münkler trieb die Idee im Stern noch weiter: »Wir brauchen einen gemeinsamen Koffer mit rotem Knopf, der zwischen großen EU-Ländern wandert«.

Es ist erschreckend, dass diese lebensfremden Gedankenspiele ergrauter Kalter Krieger ernsthaft

diskutiert werden. Fakt ist: Was Fischer und Münkler fordern, wäre ein klarer Völkerrechtsbruch! Der Nichtverbreitungsvertrag (NVV), den alle EU-Staaten unterzeichnet haben, verbietet jede nukleare Neubewaffnung. Allein, dass in Berlin mit dem Gedanken gespielt wird, dagegen zu verstoßen, schwächt die Legitimität des wichtigen Vertrages und erweist unserer Sicherheit einen Bärendienst. Wie soll Deutschland künftig gegenüber anderen Staaten glaubwürdig die Einhaltung völkerrechtlicher Verträge einfordern?

Die vergangenen 30 Jahre haben die Chance zur vollständigen atomaren Abrüstung geboten – doch sie wurde auf fahrlässige Weise vertan! Ein Versäumnis, das uns nun mitten in eine neue Aufrüstungsspirale treibt. In Kommentarspalten konservativer Zeitungen wird bereits hochgerechnet, wie viele Atomwaffen Europa bräuchte, um der russischen Atomstreitmacht ebenbürtig zu

sein. Diesem blinden Glauben an die nukleare Abschreckung muss entschieden entgegengetreten werden!

Es gibt keine Sicherheit durch »gute« Atomwaffen! Jede einzelne ist dafür gemacht, hunderttausende Menschen unterschiedslos bis zur Unkenntlichkeit zu verbrennen und zu verstrahlen. Niemand kann beweisen, dass die Drohung mit vollständiger gegenseitiger Vernichtung zu dauerhafter Sicherheit führt! Wenn der Kalte Krieg eines gezeigt hat, dann das Gegenteil: Es waren Entspannungspolitik und Rüstungskontrollabkommen, denen Europa die bislang größten Abrüstungserfolge und eine Epoche gemeinsamer Sicherheit verdankt. Die EU-Staaten wären gut beraten, dieses Wissen zum Kern ihrer Außenpolitik zu machen und sich mit aller Kraft für Dialog und Abrüstung einzusetzen.

Simon Bödecker

**Auf gedanklichen
Abwegen: Joschka
Fischer**
Foto: dpa

Podiumsdiskussion zur Europawahl

Eigene Atombomben
oder Atomwaffenverbot:
Wohin steuert die EU?

mit: Jutta Paulus (Die Grünen), Prof. Dr. Dietmar Köster (SPD), Özlem Alev Demirel (Die Linke), Thomas Geisel (BSW). Beiträge von FDP und CDU/CSU sind angefragt.

Samstag, 16. März 2024, 16:00 Uhr im zakk
Fichtenstr. 40, 40233 Düsseldorf und als Livestream. Eintritt frei.

Veranstalten: Trägerkreis »Atomwaffen abschaffen – bei uns anfangen!« mit Unterstützung von:



Weitere Infos und Livestream: www.nuclearban24.eu

16. März 2024: Podiumsdiskussion mit
Kandidierenden zur Europawahl

Der Trägerkreis »Atomwaffen abschaffen – bei uns anfangen!« organisiert eine Podiumsdiskussion mit Kandidierenden zur Europawahl. Ohne Rüstung Leben ist Mitveranstalter und lädt Sie herzlich ein.

Wohin steuert die EU, zu eigenen Atombomben oder zum UN-Atomwaffenverbot? Wie ist nukleare Abrüstung in Europa möglich und was kann das EU-Parlament dazu beitragen? Diese Fragen stehen im Zentrum der Veranstaltung am 16. März 2024, 16:00 Uhr im Kulturzentrum zakk in Düsseldorf. Eine Übertragung per Livestream ist geplant.

Unter der Moderation des Journalisten Andreas Zumach diskutieren:

- Prof. Dr. Dietmar Köster (SPD)
- Jutta Paulus (Grüne)
- Özlem Alev Demirel (Linke)
- Thomas Geisel (BSW)

Teilnehmende von FDP und CDU/CSU sind angefragt.

Der Eintritt ist frei. Weitere aktuelle Informationen zur Podiumsdiskussion finden Sie auch unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/atomwaffenverbot.

Zielgerichtete Zusammenarbeit

AVV-Staatenkonferenz erzielt wichtige Ergebnisse

Ende November 2023 fand die zweite Staatenkonferenz des UN-Atomwaffenverbotsvertrages (AVV) in New York statt. Sie war erneut geprägt durch die wertschätzende Zusammenarbeit der AVV-Staaten und die enge Einbindung von Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Betroffenen.

Zu den Ergebnissen der Konferenz zählen eine klar formulierte politische Abschlusserklärung und Beschlüsse zur Weiterarbeit: Die Arbeitsgruppen zu Themen wie der allgemeinen Anerkennung des AVV (Artikel 12) sowie Opferhilfe und Umweltsanierung (Artikel 6 und 7) werden zielgerichtet fortgeführt. Bei der

nächsten Konferenz im Jahr 2025 soll unter anderem ein Treuhandfonds zur Unterstützung Betroffener eingerichtet werden.

Deutschland war einer von nur drei NATO-Staaten, die als Beobachter an der Konferenz teilnahmen. Das ist ein großer Erfolg unserer hartnäckigen Arbeit der vergangenen Monate, unter anderem mit der Postkartenaktion »Gehen Sie den nächsten Schritt!«. In ihrer Rede kündigte die deutsche Vertreterin die Unterstützung konkreter Projekte zur Opferhilfe und Umweltsanierung an; sie löste jedoch mit einseitigen geopolitischen Äußerungen auch Empörung aus.

Der Trägerkreis »Atomwaffen abschaffen – bei uns anfangen!« hat die Konferenz mit einer Online-Gesprächsreihe begleitet. Unsere Gäste berichteten live aus New York und vermittelten spannende Eindrücke. So sprachen etwa Marian Losse und Clara Trommer von ICAN Deutschland darüber, wie sich junge Menschen einbringen können. Und Friedensforscher Dr. Moritz Kütt ordnete die Ergebnisse der Konferenz für uns ein. Die Video-Aufzeichnungen der Gespräche und mehr zum Thema finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/atomwaffenverbot.

Simon Bödecker

Die friedenspolitischen Baustellen der Europäischen Union

Gemeinsam mit dem Rat der Europäischen Union wirkt das EU-Parlament als Gesetzgeber und entscheidet über den Haushalt. Zudem haben die Abgeordneten die wichtige Aufgabe, die politische Arbeit von Rat und Kommission zu kontrollieren. Die folgenden friedenspolitischen Themen werden in den nächsten Jahren ausschlaggebend sein.

Strategie für zivile Friedensförderung

Im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) bündeln die EU-Staaten militärische, polizeiliche und zivile Mittel. Unter anderem mit der militärischen »Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit« (PESCO). Ein eigenes EU-Militärbudget gibt es nicht, doch über Posten

wie den Verteidigungsfonds fließen Milliarden in die Rüstungsproduktion. Seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine wird die GSVP ausgebaut; der neue *Strategische Kompass* sieht eine massive Aufrüstung der Mitgliedsstaaten vor. Immer wieder steht auch die Idee einer EU-Armee im Raum.

Derzeit legt die EU noch einen klaren Fokus auf humanitäre Hilfe sowie zivile Maßnahmen für Prävention und Friedensförderung. Es wird eine zentrale Aufgabe für das neue EU-Parlament sein, diese wichtigen Programme auszubauen und auch im Mehrjährigen Finanzrahmen ab 2028 angemessen zu finanzieren. Eine verbindliche Perspektive für beitrittswillige Länder auf dem Balkan und in Osteuropa kann dazu beitragen, die Konflikte in diesen Regionen zu entspannen. Zudem gilt es, kluge Ant-

Der Plenarsaal des Europäischen Parlamentes in Brüssel
Foto: Simon Bödecker



Europawahl 2024

Friedenspolitik wählen!



Ohne Rüstung Leben bietet vielfältige Aktionen, Wahlprüfsteine und friedenspolitische Analysen der Wahlprogramme zur Europawahl 2024 an.

www.ohne-ruestung-leben.de/europawahl2024

worten auf die Krise der europäischen Diplomatie und der OSZE zu finden. Was Europa braucht, ist eine klare und wirksame Strategie für Diplomatie, Konfliktprävention und Friedenskonsolidierung, die zielgerichtet auf die aktuellen Krisen reagiert, ohne dem Ruf nach mehr militärischer Verteidigung und Geopolitik zu verfallen.

Nukleare Abrüstung stärken!

Formal ist die EU für Fragen der atomaren Bewaffnung nicht zuständig. Doch Europa gehört zu den Weltregionen, in denen die Gefahr eines Atomkrieges am größten ist. In der Vergangenheit hat die EU daher eine wichtige Rolle dabei gespielt, die multilaterale Rüstungskontrolle voranzubringen. Das EU-Parlament bietet einen Raum, in dem Atomwaffenstaaten wie Frankreich, Teilhabestaaten wie Deutschland und Staaten des Atomwaffenverbotsvertrages wie Irland den Dialog über atomare Abrüstung neu beginnen könnten. 2016 empfahl das Parlament allen Mitgliedsstaaten, sich an den Verhandlungen über das UN-Atomwaffenverbot zu beteiligen. Diese Empfehlung gilt es jetzt zu erneuern.

Menschenwürdige Asylverfahren sicherstellen

Bei ihrer Flucht vor Krieg, Dürren und Elend sind in den letzten 10 Jahren mehr als 28.000 Menschen im Mittelmeer ertrunken. Doch anstatt dem Sterben ein Ende zu setzen, rüsten die EU-Staaten menschenrechtsverletzende Regime auf und schotten sich selbst weiter ab. 2023 beschlossen sie eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asyl-

systems (GEAS) mit gravierenden Folgen für Geflüchtete: Ein Großteil von ihnen soll künftig das gesamte Asylverfahren isoliert in Lagern durchlaufen – auch Familien mit Kindern! Zudem sollen deutlich mehr Drittstaaten als »sicher« erklärt werden, um Geflüchtete direkt dorthin abschieben zu können.

»Dadurch wird es vermehrt zu Menschenrechtsverletzungen wie brutalen Pushbacks kommen und geflüchtete Menschen werden zunehmend entrechtet«, warnt Pro Asyl. Die Einreiseländer an den EU-Außengrenzen sollen weiterhin für die Asylverfahren zuständig sein – auch künftig werden die Geflüchteten also ungerecht verteilt und Länder wie Griechenland, Italien oder Ungarn unnötig überfordert. Das EU-Parlament muss sich dafür einsetzen, dass jeder Mensch ein faires und menschenwürdiges Asylverfahren erhält und dass sich die EU-Politik nicht länger gegen Geflüchtete richtet, sondern Fluchtursachen wirkungsvoll bekämpft.

Rüstungsexport: Kriterien konsequent umsetzen!

An vielen Rüstungsprojekten sind verschiedene EU-Staaten beteiligt. Auch um den Export solcher Waffen zu regeln, hat die EU einen verbindlichen *Gemeinsamen Standpunkt für Rüstungsexporte* beschlossen. Dieser wird jedoch nicht von allen Staaten gleichermaßen befolgt; Verstöße können nicht geahndet werden! Die Diskussion über den Verkauf von Eurofightern an Saudi-Arabien zeigt plastisch die Folgen: Einzelne Regierungen und die Rüstungsindustrie üben Druck auf andere EU-Staaten aus, den Export gemeinsam produzierter Rüstungsgüter zu genehmigen. Das muss das EU-Parlament ändern und sich für eine Verschärfung sowie konsequente und einheitliche Umsetzung der europäischen Rüstungsexport-Kriterien einsetzen.

Simon Bödecker und Niels Dubrow, Januar 2024

In der Reihe »kompakt« veröffentlichen wir Kurzbeiträge zu aktuellen friedenspolitischen Themen.

© und Bezug: Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396, Fax 0711 608357, E-Mail orl-info@gaia.de, www.ohne-ruestung-leben.de.

Spenden: Ohne Rüstung Leben, Evangelische Bank, IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41, BIC GENODEF1EK1, www.ohne-ruestung-leben.de/spenden.

Ermutigende Zeichen und bedenkliche Rückschritte

Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) kritisiert deutlich den Stillstand beim Rüstungsexportkontrollgesetz. »Wir fordern daher die Bundesregierung mit Nachdruck auf, nun einen umfassenden Gesetzentwurf vorzulegen. So erfreulich und ermutigend der Rückgang der Rüstungsexporte in Drittländer ist, so bedenklich sind die Rückschritte in Sachen Berichtslegung und Transparenz«, sagte Prälantin Dr. Anne Gidion, die evangelische Vorsitzende der GKKE, bei der Vorstellung des GKKE-Rüstungsexportberichtes 2023. Im Folgenden dokumentieren wir Kernaussagen.

Bei ihrer Analyse konnte die GKKE sich erneut nicht auf den offiziellen Rüstungsexportbericht stützen, da die Bundesregierung es auch im Jahr 2023 versäumt hat, diesen rechtzeitig vor der Sommerpause

vorzulegen. Das trägt wesentlich dazu bei, dass eine abschließende Bewertung der deutschen Rüstungsexportpolitik bisher nicht möglich ist. Daher fordert die GKKE die Bundesregierung »nachdrücklich dazu auf, ihren jährlichen Rüstungsexportbericht vor der Sommerpause vorzulegen; je früher, desto besser«.

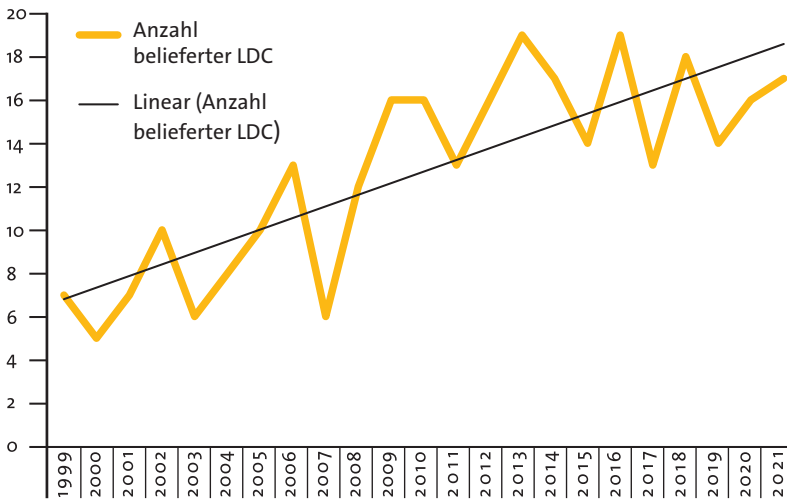
Warnung vor Rüstungsexporten an Saudi-Arabien

Im Jahr 2022 ist der Wert der Einzelgenehmigungen für deutsche Rüstungsexporte mit 8,36 Milliarden Euro im Vergleich zu 2021 (9,35 Milliarden Euro) leicht zurückgegangen. Davon entfielen 3,24 Milliarden an Drittstaaten, darunter die Ukraine, Indonesien und Singapur. Dies bedeutet einen weiteren Rückgang der Rüstungsexportgenehmigungen an

Eurofighter-Montage in Manching, Oberbayern
Foto: dpa



Anzahl der Länder mit besonders geringem Entwicklungsstand (LDC), die deutsche Rüstungsexporte erhielten



Quelle: Rüstungsexportbericht 2023 der GKKE

Drittstaaten, den die GKKE ausdrücklich begrüßt. In den ersten drei Quartalen 2023 übertraf der Wert der Einzelgenehmigungen mit 8,76 Milliarden Euro jedoch bereits den Gesamtwert des vorangegangenen Jahres; 4,3 Milliarden Euro entfielen davon auf Drittstaaten. Im September 2022 genehmigte die Bundesregierung erstmals seit Amtsantritt der Ampel-Koalition Rüstungsgüter im Wert von 40,1 Millionen Euro für Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE). Die Diskussionen über Rüstungsexporte an diese Länder hielten 2023 weiter an. In ihrem Bericht warnt die GKKE vor solchen Rüstungsexporten; die Gewalt in der Region könne jederzeit wieder eskalieren.

Nichts Neues beim Rüstungsexportkontrollgesetz

Seit der Veröffentlichung des Eckpunktepapieres im November 2022 ist es der Bundesregierung nicht gelungen, auch nur einen ersten Entwurf des Rüstungsexportkontrollgesetzes zu präsentieren. Die GKKE fordert die Bundesregierung daher mit größtem Nachdruck dazu auf, dies schnellstmöglich nachzuholen! Denn ein europäisches Rüstungskontrollregime mit Vorrang vor der nationalen Ebene hält die GKKE auf absehbare Zeit für unwahrscheinlich.

Kriterium acht des *Gemeinsamen Standpunktes für Rüstungsexporte* der EU soll sicherstellen, dass Rüstungsexporte die Entwicklung in Ländern mit besonders geringem Entwicklungsstand (sogenannte Least Developed Countries, LDC) nicht negativ beeinflussen. Eine Auswertung der deut-

schen Anwendungspraxis legt jedoch nahe, dass es sich dabei um ein eher wirkungsloses Instrument handelt. Zwischen 1999 und 2007 hat die Bundesregierung lediglich viermal unter Verweis auf Kriterium acht die Ausfuhrgenehmigungen verweigert. Seit 2008 wurde es sogar nur ein einziges Mal als Verweigerungsgrund angeführt.

Stärkung der EU-Exportkontrolle gefordert

Aktuell befinden sich die EU-Mitgliedsstaaten im dritten Review-Prozess des *Gemeinsamen Standpunktes*. Der katholische Vorsitzende der GKKE, Prälat Dr. Karl Jüsten, machte daher deutlich: »Es ist ganz offensichtlich, dass die veränderte sicherheits- und rüstungspolitische Dynamik neuen Regelungsbedarf mit sich bringt. ... Der Review-Prozess bietet die Chance, die Schwachstellen der EU-Rüstungsexportkontrolle zu überwinden.«

Dringender Handlungsbedarf besteht etwa bei der Kontrolle des Exports von sogenannten Dual-Use-Gütern, die sowohl einen zivilen als auch einen militärischen Nutzen haben können. Berichte über die Verwendung von Dual-Use-Gütern aus verschiedenen EU-Staaten in russischen Waffensystemen und über die Lieferung von Überwachungstechnologie an Unterdrückungsregime zeigen, wie lückenhaft die bestehenden nationalen und europäischen Regelwerke für Dual-Use-Güter sind.

Redaktion: Niels Dubrow, Januar 2024

- Der Rüstungsexportbericht der GKKE steht als PDF-Datei unter www.gkke.org/download-publikationen-zum-herunterladen zur Verfügung.
- Die gedruckte Broschüre (DIN A5, 104 Seiten) kann – solange der Vorrat reicht – kostenlos bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben angefordert werden.

Die Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben wird gefördert durch:

Brot für die Welt

mit Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes

In der Reihe »kompakt« veröffentlichen wir Kurzbeiträge zu aktuellen friedenspolitischen Themen.

© und Bezug: Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396, Fax 0711 608357, E-Mail orl-info@gaia.de, www.ohne-ruestung-leben.de.

Spenden: Ohne Rüstung Leben, Evangelische Bank, IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41, BIC GENODEF1EK1, www.ohne-ruestung-leben.de/spenden.

»Für ein Maximum an Transparenz und Kontrolle«

Interview mit Niels Dubrow

Niels Dubrow leitet in diesem Jahr als Elternzeitvertretung für Charlotte Kehne den Bereich Rüstungsexportkontrolle bei Ohne Rüstung Leben. Im Interview sprachen wir mit ihm über seine Sicht auf die aktuelle Rüstungsexportpolitik.

Lieber Niels, seit November 2023 bist du bei Ohne Rüstung Leben. Was waren deine vorherigen Stationen?

Meine Tätigkeit im Bereich Rüstungsexporte begann Ende der 2000er-Jahre im Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (BITS). Eine meiner ersten größeren Arbeiten war der *Rüstungsatlas Bodensee*, den ich gemeinsam mit Ohne Rüstung Leben erarbeitet habe. Nach verschiedenen Stationen bei NGOs und Bundestagsabgeordneten bin ich jetzt also fast wieder zu meinen »Wurzeln« zurückgekehrt.

Wie beurteilst du die aktuelle Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung?

Die Ampel-Regierung hat mit vielen guten Vorschlägen begonnen. Leider werden diese Ansätze seit dem russischen Angriff auf die Ukraine immer stärker infrage gestellt. Mit dem Rüstungsexportkontrollgesetz liegt das bedeutendste Rüstungsexportkontrollpolitische Projekt der Regierung scheinbar auf Eis. Aktuell droht gar ein Rückfall in die Recht-

fertigungsmuster des Kalten Krieges. Ich glaube, dass wir uns dem kurzfristig nur entgegenstellen können, indem wir die Kräfte in der Regierung unterstützen, die sich weiterhin für eine restriktive Rüstungsexportpolitik einsetzen. Und gleichzeitig diejenigen lautstark kritisieren, die zu einer eigentlich schon überwunden geglaubten Politik zurückwollen.

Deutschland genehmigt wieder Waffenlieferungen an Saudi-Arabien. Wie reagierst du auf diese Entwicklung?

Die Begründung der Außenministerin scheint wenig glaubwürdig. Der angebliche sicherheitspolitische Nutzen, den die Kampfflugzeuge für Israel haben, dürfte kaum der wesentliche Grund für das saudische Interesse an diesem Waffensystem sein. Es ist zu befürchten, dass dies nur ein erster Versuchsballon ist: Wenn die Bundesregierung mit Exporten nach Saudi-Arabien ohne sichtbaren Widerstand aus der Zivilgesellschaft durchkommt, dann könnte das der Anfang einer Entwicklung sein, die in eine völlig falsche Richtung führt. Nämlich zu immer mehr Waffenlieferungen an vermeintliche »Sicherheitspartner«.

Im Juni ist Europawahl – was erhoffst du dir davon?

Der Krieg in der Ukraine und die Probleme innerhalb der NATO beschleunigen die Militarisierung der EU deutlich. Ich erhoffe mir daher vom künftigen EU-Parlament, dass es sich zumindest für ein Maximum an Transparenz und Kontrolle bei europäischen Rüstungsexporten einsetzt, bis wir diesen Trend umkehren können. Die kritische Überprüfung des *Gemeinsamen Standpunktes für Rüstungsexporte* wäre ein guter Anfang.

Vielen Dank für diese spannenden Informationen und herzlich willkommen im Team!

Die Fragen stellte **Simon Bödecker**



Foto: privat



Protest für das Rüstungsexportkontrollgesetz
Foto: Niels Dubrow

Den Krieg durch Verhandlungen beenden!

Zwei Jahre Angriffskrieg auf die Ukraine

Seit zwei Jahren tobt der russische Angriffskrieg. Gemeinsam mit Partnerorganisationen fordert Ohne Rüstung Leben weiter »Stoppt das Töten in der Ukraine!« – unter anderem bei Demonstrationen am 24. Februar 2024 in verschiedenen deutschen Städten. Unterdessen dokumentiert ein neues Buch zahlreiche Beiträge zum Ukraine-Krieg.

Bedrohter Diskurs haben Hermann Theisen und Helmut Donat ihre Sammlung von insgesamt 57 Artikeln, Redemanuskripten und Interviews genannt. Die kritischen Stimmen zum Ukraine-Krieg ließen sich – so die Herausgeber – sonst »kaum artikulieren«.

Geeint sind die Autorinnen und Autoren wie Franz Alt, Günter Verheugen und Angelika Wilmen durch ihre Überzeugung, dass der Krieg durch Verhandlungen beendet werden muss.

Die Inhalte reichen von spannenden biografischen Erzählungen über visionäre Ideen und Versöhnungs-Aufrufe bis hin zum textgewordenen erhobenen Zeigefinger. Einige Gedanken sind erfrischend neu, andere lösen das Gefühl aus, sie schon (zu) oft gelesen zu haben. Die Einordnung und Bewertung der unzähligen Fakten und Thesen überlassen die Herausgeber jedoch vollständig ihren Leserinnen und

Lesern. Und auch Beiträge von Menschen aus der Ukraine und Russland sucht man leider vergebens. So leistet das Buch letztlich nicht mehr, als die Statements aus der deutschen Zivilgesellschaft zu sammeln und für die Zukunft zu bewahren.

Zivilgesellschaftliche Stimmen wie Margot Käßmann, Lars Pohlmeier und Jürgen Grässlin werden sich auch auf unseren Kundgebungen rund um den zweiten Jahrestag des Krieges zu Wort melden. Mehr dazu erfahren Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/ukraine-krieg.

Simon Bödecker

Wir trauern um Sören Widmann

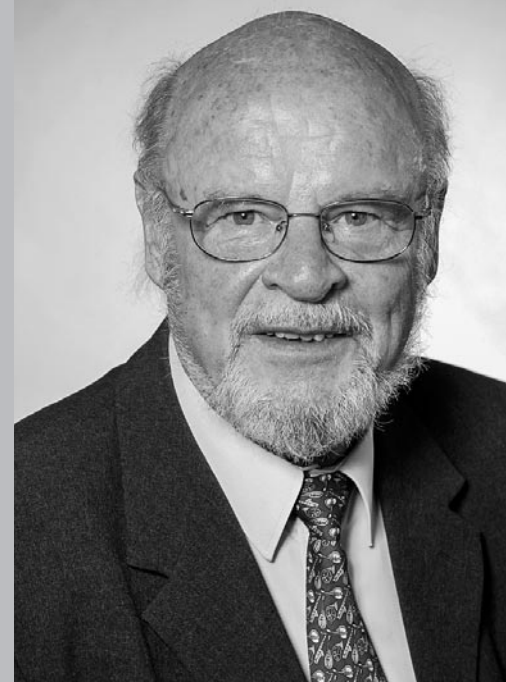
Am 31. Dezember 2023 ist unser langjähriges Mitglied Dr. Sören Widmann im Alter von 89 Jahren gestorben. Seit 2002 war er Teil von Ohne Rüstung Leben und unterstützte unsere Leitungsgremien. Wir trauern um einen klugen und herzlichen Mitstreiter.

Drei friedenspolitische Bereiche lagen Sören besonders am Herzen: Die Auseinandersetzung mit der evangelischen Friedensethik, sein lebenslanges Engagement gegen Atomwaffen und der Wunsch nach Frieden für die Menschen in Israel

und Palästina. Er wurde angetrieben von der positiven Vision eines Zusammenlebens in Frieden, eines weltweit anerkannten Rechts und fairer Lebensbedingungen für alle. So ging er bis ins hohe Alter zwar streitbar in Diskurse und Gespräche – hatte dabei aber ein freundliches Lächeln auf den Lippen. Wir sind dankbar, dass er sein Wissen, seine Energie, seine Visionen und seine Herzlichkeit mit uns geteilt hat.

Unseren Nachruf finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten.

Foto: privat



»Unsere Schmerzen sind miteinander verwoben«

Forderung nach einem Waffenstillstand im Nahen Osten



Zwei Bilder reichen aus, um das wahre Gesicht des Nahost-Konfliktes zu zeigen. Das linke wurde aufgenommen in Ofakim im Süden Israels, das rechte im Flüchtlingslager Khan Yunis im Gazastreifen. Auf beiden Seiten trauern Menschen: um ihre getöteten Familien, Kinder und Partner, Freundinnen und Freunde oder Nachbarn.

»Es ist so schwer, hier menschlich zu bleiben«, schreibt die israelische Friedensaktivistin Sahar Vardi. »Es ist so viel einfacher, ›sich für eine Seite zu entscheiden‹ ... Als ob das wirklich eine Option wäre. Als ob wir nicht verstehen würden, dass unsere Schmerzen miteinander verwoben sind. Dass es keine Lösung nur für den Schmerz von Ofakim gibt, ohne eine Lösung für den Schmerz von Khan Yunis.«

Der Angriff der Hamas, die Entführung, Vergewaltigung und Ermordung tausender Menschen, der brutale Ausbruch der Gewalt gegenüber wehrlosen Kindern und Frauen sind Verbrechen, für die es keine Rechtfertigung geben kann. Die Täter müssen zur Rechenschaft gezogen werden! Es ist erschütternd und nicht hinnehmbar, dass unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in der Folge auch in Deutschland um ihre Sicherheit fürchten müssen.

Die Blockade und die massiven Angriffe auf die Zivilbevölkerung im Gazastreifen, in dem mehr als zwei Millionen Menschen unter schwierigsten Bedingungen leben, sind jedoch als Reaktion Israels nicht akzeptabel. Zehntausende Tote – fast die Hälfte davon Kinder! – und Mil-

lionen Vertriebene sind die Folge. Wir erwarten von der Bundesregierung, auch diese Verbrechen zu benennen und die Einhaltung des Völkerrechtes einzufordern!

Alle Gewalt und aller Hass haben den Anliegen der Palästinenserinnen und Palästinenser nicht gedient; alle Militäroperationen haben Israel nicht sicherer gemacht. Daher fordert Ohne Rüstung Leben im Einklang mit vielen Organisationen einen dauerhaften Waffenstillstand und die Rückkehr zu diplomatischen Gesprächen über Lösungsansätze für den Nahen Osten.

Künftige Generationen haben das Recht auf ein Leben ohne Gewalt, Hass und Schmerz – in Ofakim ebenso wie in Khan Yunis.

Simon Bödecker

Fotos: dpa

Liebe Leserin, lieber Leser,

Hunderttausende gingen in den letzten Wochen gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit auf die Straße – ein ermutigendes Zeichen aus der Mitte der Gesellschaft. Doch vielerorts wird auch gemahnt: demonstrieren allein reicht nicht! Ebenso wichtig ist es, im Alltag und bei den anstehenden Wahlen für Demokratie, Menschenrechte und Verständigung einzutreten.

So geht es bei der Europawahl im Juni 2024 auch darum, ob die EU-Staaten sich abschotten und hochrücken, oder ob sie Menschen verbinden (Seite 1). Ohne Rüstung Leben wirbt für ein Europa des Friedens – zum Beispiel als Mitveranstalter einer prominent besetzten Podiumsdiskussion über den möglichen Beitrag der EU zu atomarer Abrüstung (Seite 4).

Wir freuen uns sehr, dass wir mit Niels Dubrow einen erfahrenen Experten für den Bereich Rüstungsexportkontrolle gewinnen konnten. Er wird mit guten Argumenten dafür eintreten,

dass die Bundesregierung auch künftig alle Waffenlieferungen an Länder wie Saudi-Arabien ablehnt (Seite 9).

Damit wir die Friedensarbeit in Deutschland weiter so aktiv mitgestalten können, brauchen wir Sie! Unterstützen Sie uns jetzt mit Ihrer Materialbestellung und einer Spende für Ohne Rüstung Leben.



Dafür mein herzlicher Dank.

Ihr

Simon Bödecker

Impressum

Herausgeber

Ohne Rüstung Leben
Arndtstraße 31
70197 Stuttgart
Telefon 0711 608396
E-Mail orl@gaia.de
www.ohne-ruestung-leben.de

Verantwortlicher

Redakteur

Simon Bödecker

Auflage

15.000

Informationen zum

Datenschutz

www.ohne-ruestung-leben.de/datenschutz

Redaktionsschluss

7. Februar 2024



Inhalt

1 | Titel

Welche Zukunft wählt Europa?

3 | Hintergrund

Forderung nach EU-Atomwaffen

4 | Aktion

AVV-Staatenkonferenz erzielt wichtige Ergebnisse

5 | kompakt

Die friedenspolitischen Bausteine der EU

7 | kompakt

Rüstungsexportbericht 2023 der GKKE

9 | Hintergrund

»Für ein Maximum an Transparenz und Kontrolle«
Interview mit Niels Dubrow

10 | Aktuell

Den Krieg durch Verhandlungen beenden!

10 | Aktuell

Wir trauern um Sören Widmann

11 | Aktuell

»Unsere Schmerzen sind miteinander verwoben«

Spenden

Ohne Rüstung Leben
IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41
BIC GENDEFIEK1 | Evangelische Bank
www.ohne-ruestung-leben.de/spenden